

Heiko Geiling (2001)

Die deutsche Arbeiterbewegung

Keine soziale Bewegung ist so oft totgesagt worden wie die Arbeiterbewegung. Auch ist keine andere soziale Bewegung im Verlauf ihrer Geschichte von einer derartigen Vielfalt politischer Hoffnungen, ideologischer Konflikte, sozialer Kämpfe und organisatorischer Brüche begleitet worden. Vor allem aber hat die Arbeiterbewegung mehr Menschen in ihren Bann ziehen können als jede andere bekannte soziale Bewegung zuvor. Vielfalt und Universalismus der Arbeiterbewegung resultierten aus dem historisch gewachsenen Anspruch, alle Formen der ökonomischen, politischen und kulturellen Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Klassen des 19. und 20. Jahrhunderts repräsentieren zu wollen.

Arbeiterbewegung und soziale Bewegung wurden zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch als Synonym gebraucht. Insbesondere Lorenz von Stein hatte mit seinem 1842 erschienenen Buch "Der Sozialismus und Communismus des heutigen Frankreich" das damals noch erstaunte bürgerliche Publikum auf die "sociale Frage" aufmerksam gemacht, insbesondere auf Organisations- und Aktionsformen, in denen Handwerker und Proletarier begonnen hatten, sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung im frühindustriellen Kapitalismus zur Wehr setzten. Mit der anhaltenden Aktualität dieser Konflikt- und Kampferfahrungen wurde bald deutlich, dass die Arbeiterbewegung über eine kurzfristige Protestbewegung hinaus mit den gesellschaftlich-politischen Widersprüche der kapitalistischen Industriegesellschaft dauerhaft verbunden sein sollte.

Dazu parallel entwickelte Utopien und Konzepte einer besseren Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gingen schließlich in einen emphatisch verstandenen Bewegungsbegriff über, der sich im Rahmen der bis in das 20. Jahrhundert wirksamen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung fortentwickelte. Geschichtsphilosophisch mit Hegel und Marx überhöht, erhielt die

Arbeiterbewegung jenen transzendenten Charakter, aus dem sich ihr universalistischer Anspruch herleiten ließ. Demnach sollte sie in Gestalt von Partei, Gewerkschaft und eigenständiger Vereinskultur Ausdruck der Selbstorganisation einer Arbeiterklasse sein, deren weltgeschichtliche Mission in den Augen orthodoxer Avantgardeparteien darin gesehen wurde, über eine unausweichliche proletarische Weltrevolution dem Sozialismus zum Sieg zu verhelfen.

Gegenüber dieser von vielfältigen politischen Fraktionierungen begleiteten ideologischen Überformung des Bewegungsbegriffs gab es für die reale Existenz der Arbeiterbewegung jedoch von Anfang an eine unerlässliche Bedingung: Im Interesse der sich überwiegend aus Handwerkern und Facharbeitern rekrutierenden Mitgliedschaften musste sie auf gesellschaftlich-politische Probleme spezifisch pragmatisch reagieren. So lange, wie dabei die Revolutionsrhetorik dem Nahziel des alltäglichen Überlebens in sozialer Respektabilität nicht im Wege stand, galt sie als akzeptabel. Insofern war den Bewegungsakteuren in der Regel immer bewusst, dass es über alle revolutions-theoretischen Erwartungen hinaus die Bereitschaft zum historisch-spezifischen Reformismus war, die das die Bewegung charakterisierende Prinzip der solidarischen Schutz- und Selbsthilfepraxis begründete. Die darüber bedingte Nähe und zugleich auch Abhängigkeit der Bewegungsorganisationen von ihren sozialen Akteuren aus durchaus vielfältigen sozialen Milieus der Erwerbsarbeit, mit sich wandelnden Mentalitäten und divergierenden Anspruchshaltungen, machte es von Beginn an notwendig, den Zusammenhalt als Bewegung symbolisch und ideologisch zu untermauern. In diesem Spannungsverhältnis von Integrationsideologie und Alltagspraxis scheint nicht selten der Glanz der organisatorisch-programmatischen Symbolik die weniger spektakulären Bedingungen des grauen Alltags in den Schatten gestellt zu haben. So erklärt sich das periodisch immer wieder konstatierte 'Ende der Arbeiterbewegung' auch aus deren jeweils vorausgegangenen ideologischen Überhöhungen.

Wir verstehen Arbeiterbewegung als eine soziale und politische Kraft in historisch-spezifischer Gestalt. Sie konstituiert sich im Wechselverhältnis von Spontaneität und Organisation bzw. von Praxis und Struktur und ist damit den spezifischen gesellschaftlichen und historischen Bedingungen verbunden. Dementsprechend orientieren wir uns auf die Frage nach den Bedingungen des Gestaltwandels der Arbeiterbewegung. Nicht allein deren Organisationsstruktur, Programmatik und Ideologie stehen dabei im Mittelpunkt unserer Betrachtung, sondern deren Voraussetzungen sozialstruktureller und gesellschaftlich-politischer Wandlungsprozesse. Wir geben zunächst einen Überblick über die historischen Formationen (1) und Entwicklungsphasen (2) der Arbeiterbewegung, konzentrieren uns auf deren gesellschaftlich-politische Wirkungskraft in der Bundesrepublik Deutschland (3) und schließen mit Anmerkungen zur Perspektive (4).

1. Historische Formationen

Die Industrielle Revolution als Durchsetzung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems seit Ende des 18. Jahrhunderts und die Vergesellschaftung neuer Klassenmilieus zumeist handwerklicher und industrieller Lohnarbeiter bildeten den Entstehungskontext der Arbeiterbewegung. Ehemalige Bauern, Landarbeiter, städtische Handwerker und Plebejer wurden aus ihren gewohnten Lebenszusammenhängen herausgerissen. Sie waren gezwungen, als 'Vierter Stand' bzw. als Lohnarbeiter ausschließlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft zu leben. Anstelle überlieferter Sitten und Gebräuche traditioneller Lebensweisen mit Mindestgarantien sozialer Existenz trat das Kalkül kapitalistischer Marktbeziehungen. Deren neue Formen der Lohnarbeit waren für den Großteil der Volksklassen mit extremer sozialer Unsicherheit verbunden. Sie bedeuteten im Alltag Ausbeutung und umfassende Abhängigkeit von den Unternehmern und waren von politischer Recht- und Einflusslosigkeit in der übrigen Gesellschaft begleitet.

Die Arbeiterbewegung formierte sich über Schutz- und Selbsthilfeversuche, die zunächst an die genossenschaftlichen Erfahrungen des städtischen Handwerks und seiner Gesellenvereine anknüpften. Mit zunehmender Ausdifferenzierung zu industrieller Lohnarbeit gewannen übergreifende gewerkschaftliche Organisationsformen an Bedeutung. Die politischen Auseinandersetzungen mit den Herrschaftsinstanzen der frühkapitalistischen Gesellschaft wurden über Parteien organisiert, die über die unmittelbare soziale Alltagsfrage hinaus unter Berufung auf programmatisch gefasste politische Philosophien für eine neue, bessere Gesellschaftsordnung stritten.

(1) Vereine

Die mit der 'Revolution' von 1848 entstehenden Bildungs-, Kultur und Freizeitvereine knüpften an die Selbsthilfetraditionen der Handwerkerschaft an und entwickelten sich zur parallel entstehenden bürgerlichen Öffentlichkeit und ihren Organisationen. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts wirkten sie als integraler Bestandteil des Alltags der Arbeiterbewegung. Von der übrigen bürgerlichen Gesellschaft in das eigene proletarische Lager gedrängt, hatten Lesegesellschaften, Sportvereine, Sängerschaften, Wander- und Herbergsvereine, Bildungsvereine usw. eine doppelte Funktion. Mit ihrer Orientierung auf die hegemoniale bürgerliche Kultur dienten sie der Versittlichung bzw. kulturellen Hebung der arbeitenden Bevölkerung. Zugleich schufen sie mit ihren vielfältigen Aktivitäten und Angeboten einen alltäglichen Beziehungsreichtum, der in seiner identitätsstiftenden Wirkung den sozialen und oft auch politischen Zusammenhalt der von der übrigen Gesellschaft ausgegrenzten Arbeiterbevölkerung stärkte. Mit der sukzessiven Integration der ehemals 'proletarischen Öffentlichkeit' in den modernen Sozialstaat erinnern heute nur noch wenige Vereine an diese auch als Vorfeldorganisationen der politisch ausgerichteten Arbeiterbewegung bezeichneten Vereinskulturen.

(2) Genossenschaften

Mit Arbeiter-Genossenschaften wurden bis in die Gegenwart hinein Alternativen zu kapitalistischen Unternehmen erprobt. Als unmittelbare Selbsthilfemaßnahme gegen drohende soziale Verelendung im 19. Jahrhundert wurde auf der Basis freiwilliger Mitgliedschaft, demokratischer Organisation und kollektiven Eigentums in vielfältigen Produktiv- und Konsum-Genossenschaften das Prinzip der Selbstverwaltung praktiziert. Trotz erheblicher Rückschläge, auf diese Weise der profitorientierten Marktwirtschaft Widerstand leisten zu können, gewinnt die Arbeiter-Selbstverwaltung immer dann Aktualität, wenn Betriebe stillgelegt werden sollen und neue Wege zwischen totalitärem Dirigismus und rigorosem Kapitalismus gesucht werden. Zu den zahlenmäßig größten Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterbewegung zählten Konsum-Genossenschaften. Als den Gewerkschaften nahestehende Wirtschaftsunternehmen boten sie den Mitgliedern beim Warenkonsum, beim Bau von Häusern und Wohnungen sowie bei der Vergabe von Krediten günstige Konditionen. Heute haben die ursprünglich als Gegengewicht zum privatwirtschaftlichen Sektor verstandenen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Arbeiterbewegung kaum noch Bedeutung.

(3) Gewerkschaften

Gewerkschaften entstanden als Gegengewicht gegen die betriebliche Unternehmerherrschaft. Durch kollektives Handeln, notfalls durch Streik, vertreten die Gewerkschaften bis heute soziale, wirtschaftliche, berufliche und politische Forderungen der von Lohnarbeit abhängigen Beschäftigten gegenüber Unternehmern und Staat. Als solidarisch-genossenschaftlich strukturierte Verbände symbolisierten sie im 19. Jahrhundert immer auch die konkrete Utopie einer besseren, vor allem demokratischen Gesellschaft. Nicht ohne mühsame Lernprozesse ging es in den Anfängen der Arbeiterbewegung zunächst darum, die über ständischen Handwerksdünkel, Status- und

Verelendungsängste sowie auch Kinder- und Frauenarbeit hervorgerufene Konkurrenz zu Gunsten solidarischer Verhaltensorientierungen einzudämmen. Bis heute bestimmt die Tarifvertragspolitik als kollektive Beeinflussung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Konflikt mit der Unternehmerschaft das zentrale Handlungsfeld der Gewerkschaften. Entgegen der Ideologie des nur sich selbst verpflichteten Warenanbieters auf dem Arbeitsmarkt haben die Gewerkschaften zum Schutz des einzelnen Lohnabhängigen immer an kollektiven Arbeits- und Lohnverträgen festgehalten und - falls unumgänglich - dafür das Mittel der kollektiven Arbeitsverweigerung bzw. des Streiks eingesetzt. Koalitions- und Streikrecht sind von der Arbeiterbewegung gegen heftige Widerstände erkämpft worden und gelten weiterhin als Gradmesser für den demokratischen Charakter einer Gesellschaft.

(4) Parteien

Arbeiterparteien verstanden sich als die politische Organisationsform der Arbeiterbewegung. Den Interessen der Arbeiterschaft verpflichtet, ging es den Parteien um die Erringung politischer Macht, mit deren Hilfe die Vorstellungen einer anderen, besseren Gesellschaft durchgesetzt werden sollten. In der Praxis der frühen Arbeiterbewegung standen Forderungen nach sozialer Anerkennung und politischer Gleichberechtigung im Sinne politischer Demokratie auf der Tagesordnung. Die Begriffe der Demokratie und des Sozialismus wurden dabei in der Regel synonym verwendet, weil das eine nicht ohne das andere vorstellbar war. Je nach gesellschaftspolitischer Perspektive der Beteiligten war die parteipolitische Arbeit immer von ideologisch-politischen Differenzen geprägt. Neben den in der Arbeiterbewegung dominierenden sozialdemokratischen Parteien, die sich vor allem auf den Kampf für das allgemeine, gleiche Wahlrecht im Rahmen einer demokratischen Republik konzentrierten, fanden sich immer auch jakobinisch, anarchistisch und christlich orientierte Parteien. Schon die Gründungsphase der Arbeiterparteien in Deutschland - "Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein" mit F.Lassalle 1863 und

”Sozialdemokratische Arbeiterpartei” mit A.Bebel und W.Liebknecht 1869 - war von divergierenden Vorstellungen geprägt. So war insbesondere die Frage, ob die Parteien eine hegemoniale Führungsrolle innerhalb der Arbeiterbewegung einnehmen dürften oder ob die Gewerkschaften als unmittelbare Vertretungsformen der Lohnarbeiterinteressen diese Position für sich in Anspruch nehmen sollten, zentraler Bestandteil partei- und organisationspolitischer Auseinandersetzungen. Darauf und auf andere ideologisch gefärbte politische Konflikte zurückzuführende organisatorische Aufspaltungen sind bis in die Gegenwart hinein in der Arbeiterbewegung wirksam.

2. Historischer Grundriss

Die Anfänge der Arbeiterbewegung in England, Frankreich und Deutschland charakterisieren drei Grundtypen der Bewegung. In den angelsächsischen Ländern dominierte bis zum 20. Jahrhundert eine als Labourismus gefasste politische Kultur. Ohne hermetisch wirkende dogmatische Fixierung auf gesellschaftlich-philosophische Zukunftsentwürfe und Programme überwog eine pragmatische, an den sozioökonomischen Interessen der Arbeiterschaft orientierte Politik im Rahmen eines weitgehend liberalen Staatsmodells. In den romanischen Ländern fanden sich Formen des Syndikalismus, die sich zum Teil unter dem Einfluss anarchistischer Bestrebungen in Abgrenzung zum jeweiligen Staat und dessen Politik organisierten. Gegenüber der Gewerkschaftspolitik traten dabei parteipolitische Organisationsformen in den Hintergrund. Dementsprechend galten Streiks und andere Formen der direkten Aktion als wesentliche Instrumente sozialer Veränderungen und politischer Anstöße. Die deutsche Arbeiterbewegung stand im Zeichen der Sozialdemokratie, deren Praxis von partei- und wahlpolitischen Aktivitäten neben gewerkschaftlicher Organisation geprägt war. Mit der Erringung parlamentarischer Mehrheiten und staatlicher Macht war die Erwartung verbunden, jene bessere Gesellschaft errichten zu können, die dem geschichtsphilosophisch begründeten Zusammenbruch des kapitalistischen Systems zwangsläufig folgen sollte.

(1) Die Arbeiterverbrüderung von 1848

Die "Arbeiterverbrüderung" um den Berliner Schriftsetzer Stephan Born war in ihrer umfassenden nationalen Verbreitung erster organisatorischer Ausdruck der deutschen Arbeiterbewegung (vgl. Quarck 1924). Als gewerkschaftlicher und politischer Verein zugleich knüpfte sie an die Erfahrungen des deutschen Vormärz an. Wandernde Handwerksgesellen und exilierte Bürger hatten in der Schweiz, in England und vor allem in Paris seit den 1830er Jahren Geheimbünde gegründet, um gegen die politische und soziale Rückständigkeit der deutschen Verhältnisse agieren zu können. Während dabei zunächst uneingelöste Versprechungen aus der Zeit der Befreiungskriege gegen Napoleon im Vordergrund gestanden hatten - insbesondere das Versprechen der nationalen Einheit Deutschlands -, dominierten unter dem Einfluss der Handwerksgesellen und ihrer französischen Erfahrungen sehr bald Forderungen nach bürgerlichen Freiheits- und Verfassungsrechten sowie die Suche nach Antworten auf die immer akuter werdende soziale Frage der arbeitenden Klassen. Die in der "Arbeiterverbrüderung" zusammengeschlossenen Arbeitervereine verstanden es, während der revolutionären Ereignisse von 1848 entsprechende Forderungen auf regionaler und lokaler Ebene publik zu machen. Mit dem Scheitern der Revolution von 1848 war auch die Zerschlagung der "Arbeiterverbrüderung" sowie das Ende der ersten organisierten Arbeiterbewegung verbunden.

(2) Konstituierung im Kaiserreich

Erst in den 1860er Jahren erfolgte mit der Aufhebung der bis in die nachrevolutionäre Restaurationsperiode zurückreichenden Koalitionsverbote die erneute Legalisierung der Arbeiterorganisationen in Gestalt von Vereinen, Gewerkschaften und Parteien (vgl. Na'aman 1976). Der Kampf um mehr Lohn, bessere

Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten, mehr Bildung und politische Gleichberechtigung stand im Mittelpunkt der alltäglichen Praxis. Dementsprechend festigte sich das Organisationsgefüge zumeist über gewerkschaftliche Mobilisierungen. 1875 kam es in Gotha mit der "Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" zum Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien. Bereits 1864 war die "Internationale Arbeiter-Assoziation" als 1. Internationale geschaffen worden und hatte sich unter dem Einfluss von Karl Marx ein europäisches Programm gegeben. Die "Vernichtung aller Klassenherrschaft" und die "Emanzipation der Arbeiterklasse" standen im programmatischen Vordergrund. Als die 1. Internationale nach der Zerschlagung der Pariser Kommune von 1871 zur Gründung legaler Arbeiterparteien aufrief, um so auf "sozialdemokratischem" Weg zur sozialistischen Gesellschaft zu gelangen, brach sie wegen politischer Differenzen auseinander. Einen Rückschlag erfuhr die deutsche Arbeiterbewegung mit dem "Sozialistengesetz" von 1878. Bis 1890 waren ihre Vereine, Verbindungen, genossenschaftliche Kassen, Schriften und Versammlungen verboten. Einzig der Reichstag und die Wahlen boten in dieser Phase legale Möglichkeiten der politischen Praxis. Zunehmende Erfolge bei den Reichstagswahlen und in Streikbewegungen, wie der große Ruhrbergarbeiterstreik von 1889 sowie die Gründung der 2. Internationale in Paris, kündigten das erstarkte Selbstbewusstsein der Arbeiterbewegung und somit das Ende der Illegalität an. Die Zeit des gewerkschaftlichen und parteiorganisatorischen Wiederaufbaus setzte ein. Massenorganisationen entstanden mit den zwangsläufigen Begleiterscheinungen von Zentralisierung und Bürokratisierung. Mit Carl Legien für die Gewerkschaften und August Bebel für die Sozialdemokratie fanden sich zwei Arbeiterführer, die sowohl revolutionäre als auch reformistische Strömungen in der Bewegung integrieren konnten. Vorwiegend in katholischen Territorien etablierte sich in dieser Phase die christliche Arbeiterbewegung. Am Leitbild einer berufsständischen Gesellschaftsordnung im Sinne der christlichen Soziallehre orientiert, fand sie überall dort Resonanz, wo sie eine konsequent gewerkschaftliche Interessenvertretung praktizierte und wo sich die übrige Arbeiterbewegung offen gegen die Kirchen stellten. Der Beginn des 1. Weltkriegs 1914 ohne nennenswerten Widerstand der Arbeiterbewegung

offenbarte trotz programmatischer Bekenntnisse zum Internationalismus die fortgeschrittene Integration der Arbeiterschaft in die Gesellschaft des deutschen Kaiserreichs.

(3) In der Weimarer Republik

Die Revolution von 1918/19 markierte einen Einschnitt. Obwohl in Deutschland die Hohenzollern-Monarchie gestürzt werden und in Bayern sogar für kurze Zeit eine Räterepublik errichtet werden konnte, gelang es der Arbeiterbewegung nicht, die programmatische Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu realisieren (vgl. von Oertzen 1976; Lucas 1970/73/78). Hingegen hatte sich bereits 1917 die Minderheitsfraktion der russischen Sozialdemokratie in der Oktoberrevolution an die Macht putschen können und den Umsturz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in Russland angekündigt. Fortan war die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland gespalten: Revolutionär gesonnene Teil orientierten sich an der neu errichteten Sowjetunion in Russland und organisierten sich in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sozialdemokraten und der überwiegende Teil der Gewerkschaften setzten dagegen auf die demokratische Verfassung der Weimarer Republik (vgl. Rosenberg 1961). Gegen erhebliche Widerstände konservativer Kreise der deutschen Gesellschaft sowie andererseits gegen Verfechter einer bolschewistischen Revolutionsstrategie wurde von der sozialdemokratischen Partei und von den Gewerkschaften an den Prinzipien demokratischer Rechtsstaatlichkeit und sozialpolitischer Reformen im Interesse der Arbeiterschaft festgehalten. Errungenschaften dieser Reformbemühungen waren u.a. der Acht-Stunden-Tag, die Arbeitslosenunterstützung und die rechtliche Anerkennung von Tarifverträgen. Während auf der Ebene der Arbeiterparteien der Bruch zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten zu nahezu unversöhnlichen Gegensätzen führte, hielt sich die Spaltung der Arbeiterbewegung im Alltag von Gewerkschaften, Genossenschaften und Vorkampfordorganisationen in Grenzen. Gleichwohl absorbierte die Spaltung einen Großteil jener Energien, die es der

Bewegung ermöglicht hätte, dem anwachsenden Faschismus in Gestalt des "Nationalsozialismus" erfolgreich entgegenzutreten zu können. Die deutsche Arbeiterbewegung wurde mit der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten zum wiederholten Male in ihrer Geschichte zerschlagen. Der Großteil ihrer führenden Vertreter wurde ins Exil gezwungen oder in Konzentrationslagern ermordet.

(4) Nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Ost-West-Konflikt in der Form des "Kalten Krieges" sowie die damit verbundene Teilung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg überlagerte die Neukonstituierung der Arbeiterbewegung. Die unter dem Einflussbereich der stalinistischen Sowjetunion gegründete DDR nahm für sich in Anspruch, den historischen Weg der Bewegung erfolgreich zum Ziel gebracht zu haben. Gewerkschaften, Parteien und andere Organisationen der traditionellen Arbeiterbewegung wurden dabei einem grundlegenden politischen Funktionswandel unterworfen: Sie galten nicht mehr als Ausdruck des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit, sondern als politische legitimierte Instanzen gesellschaftlicher Macht (vgl. Kaelble u.a. 1994). Hingegen stand die Rekonstituierung der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik ganz im Zeichen des Wiederaufbaus entlang der von den West-Alliierten vorgegebenen Leitlinien kapitalistischer Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie (vgl. Pirker 1977).

Angesichts wirtschaftlicher Erfolge zur westdeutschen "Wohlstandsgesellschaft" und den nicht minder erfolgreichen gewerkschaftlichen Kämpfen für sozialstaatliche Integration und gesellschaftliche Anerkennung der Arbeiterschaft änderte sich der traditionelle Charakter der Arbeiterbewegung. Die noch vor 1933 wirksamen Selbsthilfeeinrichtungen in den zahlreichen Vorfeldorganisationen verloren ihre Bedeutung mit der zunehmenden gesellschaftlichen Integration der arbeitenden Bevölkerung über gesicherte Lebens- und Arbeitsbedingungen, breitere Bildungsangebote und politische Teilhabe. Ende der 1950er Jahre

suchte die sozialdemokratische Partei ihre Klientel nicht mehr allein in der industriellen Arbeiterschaft, sondern formierte sich fortan als sich von jedem Klassenkampf verabschiedende Volkspartei. Allein die Gewerkschaften vermochten es noch, mit ihren Mobilisierungsfähigkeiten für den Kampf um sozialstaatliche Verbesserungen an die Tradition der Arbeiterbewegung anzuknüpfen. Doch mit der in den 1970er Jahren einsetzenden Massenarbeitslosigkeit und mit neuen sozialen Fragen konfrontiert, mit den ökologischen Folgen einer ungebrochenen Wachstumspolitik, mit den dramatischen Deindustrialisierungsprozessen seit der politischen Einheit Deutschlands nach 1989 und mit der Ausdifferenzierung neuer sozialer Milieus und Strukturen, stellen sich auch für die Gewerkschaften neuartige Probleme, die über ihre traditionellen Erfahrungen hinausweisen. Sie stehen vor der Frage, wie sie der unter dem Symbol der Globalisierung angetretenen neoliberalen Politik des politisch entgrenzten Freihandels entgegentreten können und dabei sowohl die traditionellen Mitgliedergruppen als auch die mit den sozialstrukturellen Modernisierungsprozessen neu entstehenden Erwerbsgruppen und sozialen Milieus in ihre Bewegung integrieren können.

3. Ende der Arbeiterbewegung?

Von der Gesellschaft hervorgebracht und auf diese einwirkend hat die Arbeiterbewegung mit den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen einen fortwährenden Gestaltwandel erfahren. Dieser folgte dem Prinzip: so viel Bewegung wie nötig, so viel Institutionalisierung wie möglich. Das Ergebnis dieses Wandels war nie unumstritten. Was die einen als Anpassung an die profitorientierte und ressourcenverschwendende Industriegesellschaft oder als Verrat an den historischen Idealen wahrnahmen, verstanden andere als realistische Konsequenz erfolgreicher Sozial- und Gesellschaftspolitik. Vor allem aber steht bis heute das traditional universalistische Selbstverständnis der Arbeiterbewegung immer wieder im Mittelpunkt kritischer Diskussionen. Diese beziehen sich auf Analysen, die das Ende der Arbeiterbewegung mit der

vermeintlichen Auflösung der Arbeiterklasse verbinden, die darüber hinaus mit dem Entstehen neuer sozialer Bewegungen ein postindustrielles Zeitalter vermuten und sich darin in Kontext sogenannter Globalisierungsphänomene bestätigt sehen.

(1) Entproletarisierung

Das klassische Bild des in der Arbeiterbewegung aufgehenden Proletariats der Industrialisierung, Urbanisierung und Deklassierung war bereits in der Zeit der 1920er Jahre in Frage gestellt. Spätestens jedoch seit den 1950er Jahren galt die kämpferische industrielle Arbeiterklasse mit ihrer von Fabrikdisziplin, städtischer Armut und staatlicher Unterdrückung zusammengehaltenen Solidarität als Relikt der Übergangsphase zum vollentwickelten Industriekapitalismus (Vester 1998). Insbesondere den Gewerkschaften war es in langen und erbitterten sozialen Kämpfen gelungen, mehr Rechte und Verhandlungsmacht in den Betrieben zu sichern und für verlässliche und wachsende Einkommen, bessere Gesundheits- und Erziehungseinrichtungen zu sorgen, so dass die Lebensstandards der Arbeiterklasse mit den ehemals proletarischen Existenzweisen 'ewiger Unsicherheit' kaum noch etwas gemein hatten.

Nicht allein liberale, sondern auch neomarxistische Intellektuelle schlossen daraus, dass die Arbeiterklasse damit auch die inneren Werte und politischen Einstellungen der angepassten kleinbürgerlichen Schichten übernehmen (Schelsky 1954) oder sich in von Massenmedien manipulierte, gedankenlose Konsumenten verwandeln (Marcuse 1964) würden. Gegen diese Verbürgerlichungs-These hatten andere Soziologen (Geiger 1949; Dahrendorf 1957) frühzeitig darauf verwiesen, dass der Klassenkonflikt zwischen Unternehmern und Gewerkschaften nicht überholt, sondern lediglich institutionalisiert worden war. Die kapitalistische Herrschaft, die Interessengegensätze im Betrieb, die Arbeitshierarchie und die Notwendigkeit, für bescheidene Einkommensverbesserungen hart zu arbeiten, bestand nach wie vor. Die höheren Lebensstandards

änderten von sich aus weder das Ethos noch die alltäglichen Mentalitäten der Arbeiter. Die "Wohlstandsarbeiter" (Goldthorpe/Lockwood 1963) der Nachkriegsgeneration waren zwar immer noch Arbeiter, allerdings nicht mehr in den alten emotionalen Formen der Solidarität und Militanz, sondern auf der rationaleren Ebene einer instrumentellen Haltung zu den Gewerkschaften und Arbeiterparteien.

Die historischen Trennlinien zwischen Arbeitern und Angestellten hatten sich insbesondere in Deutschland zunehmend vermindert und Züger einer neuen 'Arbeitnehmermentalität' und des Bewußtseins gemeinsamer Interessen entstehen lassen. Diese Lage der "entproletarisierten Arbeiter" (Mooser 1984) mündete jedoch nicht in die immer wieder betonte Verbürgerlichung und zum damit verbundenen Ende der Arbeiterbewegung. Vielmehr hatten sich gesichertere Lebensstandards und weltoffenerere Lebensstile über städtische und großindustrielle Milieus hinaus ausgebreitet. Wertvorstellungen und Lebensweisen waren immer weniger provinziell, autoritätshörig oder kleinbürgerlich gefärbt. Zwar führte dies nicht in eine Situation des Überflusses, sondern bewirkte allenfalls eine relative Stabilität und Sicherheit, die durch ständig zunehmende Arbeitsintensivierung erkaufte werden mußte. Jedoch konnten sich insbesondere die Facharbeiter, allmählich und in nicht einheitlich konturierter Form, mit den Angestellten zu einer ebenso interessenbewussten wie kulturell modernisierten Arbeitnehmerklasse zusammenfinden.

Die dennoch immer wieder unterstellte und damit grundlegende sozialhistorische Studien (Thompson 1963; Lucas 1970 ff.; Niethammer 1983 ff.) negierende soziale Homogenität und politische Geschlossenheit der arbeitenden Klassen blieb ein Mythos, ebenso der Glaube an charismatische Führer und Parteien, die diese Einheit angeblich als Arbeiterbewegung verkörperten. Was für Natureigenschaften der Arbeiterklasse gehalten wurde - Solidarität, Kampfgeist, Elend und Not -, hing in Wirklichkeit ab vom historisch spezifischen Zustand des Beziehungsgefüges zwischen den herrschenden Klassen und den Volksklassen. Die Abmilderung der extremen Klassengegensätze bedeutete

nicht deren Verschwinden, sondern vor allem den Wandel ihrer Formen. Durch die Veränderung dieser Konstellationen wurden seit dem Zweiten Weltkrieg die Klassenbeziehungen in den Feldern der alltäglichen Lebensweise und der gesellschaftlich-politischen Repräsentation nachhaltig verändert. Die Klassen arrangierten sich miteinander auf einem relativ höheren Niveau der Teilhabe. Die Institutionalisierung der Klassenauseinandersetzungen als Integrationskonzept der 'Arbeitnehmergeellschaft' war dafür grundlegend, ohne dabei die Gestalt von Harmonie und Identität der Interessen anzunehmen. Soziale Gerechtigkeit hing für die Arbeiterklasse immer weniger von der Gnade der Mächtigen und der Fürsorge der Bessergestellten ab. Vielmehr sahen sie sich durch explizite und implizite Klassen-Arrangements als berechtigt, von ihren sozialen Rechten annähernd ebenso Gebrauch zu machen wie von ihren Menschen- und Bürgerrechten.

(2) Neue soziale Bewegungen als Alternative?

Die Krise des Universalismus der Arbeiterbewegung trat offen zu Tage, als Teile der Nachkriegsgenerationen in beiden Teilen Deutschlands den Eindruck gewannen, sich in jeweils 'geschlossenen' Gesellschaften zu bewegen. Angesichts der nachholenden Demokratisierung einschließlich der parallel wahrgenommenen ökologischen und auch neuen sozialen Fragen in Westdeutschland und auch angesichts des Immobilismus des bürokratischen Zentralismus in Ostdeutschland hatten Ende der 1960er Jahre, trotz aller grundsätzlichen Differenzen, beide Gesellschaften in ihrer jeweilig unterschiedlich ausgeprägten sozialen, kulturellen und politischen Hermetik zur Entstehung neuer sozialer Bewegungen beigetragen, weil sie deren über die industriegesellschaftlichen Modelle hinausweisenden Interessen und Bedürfnissen keinen Platz einräumten.

Mitverantwortlich war die mit dem Industriemodell verbundene Fortschrittsgläubigkeit, die gegen alle Kritik aus den jüngeren Generationen verteidigt wurde.

Dies galt für das unter Einbeziehung der früheren Organisationen der Arbeiterbewegung praktizierte sozialliberale 'Modell Deutschland' bzw. für den 'Sicherheitsstaat' der 1970er Jahre und seinem auf Wachstum des Massenkonsums ausgerichteten Korporatismus, und dies galt in noch viel ausgeprägterem Maße für den staatssozialistischen Produktivismus, der in Komplizenschaft mit seinem kapitalistischen Gegenüber das Primat des ungehemmten industriellen Wachstums propagierte. 'Maschinenstürmerei' war noch der sanfteste Vorwurf gegen die entstehende Ökologiebewegung. Aus der Sicht der jüngeren Bewegungsakteure handelte es sich dabei um eine Allianz, die sich in einem, wenn auch unterschiedlich praktizierten, Totalitätsbegriff festmachte, der Geschichte als in der Regel gerichtete und gesellschaftliches Leben als schon immer determiniertes reduzierte. Ob in den westlichen Modernisierungstheorien, ob in orthodoxen Theorien der Arbeiterbewegung, überall dort, wo eine gesamtgesellschaftliche Perspektive nicht nur theoretisch legitimiert, sondern auch für die politische Praxis zum ausschließlichen Maßstab erhoben wurde, ging dies auf Kosten des Besonderen und des Abweichenden. Nach dem Empfinden der jüngeren Generationen wurde ihnen kein angemessener Raum gelassen für das Politische bzw. für Differenzierungen und für das Ausagieren von Konflikten, da in einem theoretisch wie praktisch zugemauerten Raum jeder und jedes ohnehin seinen Platz zu haben hatte. Der industriegesellschaftliche Produktivismus ließ am Primat der Erwerbsarbeit bzw. der Produzenten oder der Arbeiterklassen keinen Zweifel. In diesem hermetischen Bild von Gesellschaft hatte es keine Sonderinteressen zu geben. Schon gar nicht gab es die gleichberechtigte Anerkennung heterogener sozialer Bewegungen von Frauen, Jugendlichen, Alten, Umwelt- und Friedensbewegten. Wenn überhaupt, wurde diesen der Status von Vertretern 'abgeleiteter Interessen' zugestanden, die sich weiter hinten anzustellen hatten, hinter die als Sachzwang ausgegebenen Primat des Erwerbs- und Produktionssystems.

Der dieser Hermetik verbundene Stil und die Organisationsform gesellschaftlich-politischer Analysen waren in Westdeutschland wie vor allem in Ostdeutschland von einer an Arroganz grenzenden Unbeirrtheit geprägt, die in den

jüngeren Generationen der 1970/80er Jahre oft unbewussten Widerstand hervorrief und zu Unrecht als Theoriefeindlichkeit denunziert wurde. Arroganz drückte sich für sie gleichermaßen in der pragmatistischen und von vorgeblichen Sachzwängen bestimmten Variante des 'Modells Deutschland' wie im weltanschaulichen Rigorismus vermeintlich sozialistischer Vorstellungen aus. In beiden Fällen galt das Primat der Auserwählten und Eingeweihten. Es begründete einen exklusiven elitären Stil sowohl technokratischer als auch intellektualistischer Hegemonie in Gestalt von Technik und Strukturen, Theorie und Kultur sowie Parteien und Staat. Den nachdrängenden Generationen blieb in dieser Situation wenig anderes übrig, als sich auf allen Ebenen in Gegenbewegungen zu konstituieren, um von dort aus ihre Interessen gesellschaftlicher Teilhabe zu organisieren.

Die dabei vor allem in der Bundesrepublik entstandenen neuen sozialen Milieus und Bewegungen standen für Friedens- und Umweltthemen, Bürger-, Frauen- und Ausländerrechte. Über die jeweiligen Bewegungszyklen der 1980/90er Jahre hinaus war bald eine Veralltäglichsung dieser sogenannten postmodernen Ziele und Wertvorstellungen eingetreten. Sie fanden sich mehr oder minder wieder in traditionellen politischen Parteien und gesellschaftlichen Institutionen, und sie fanden sich über die Bewegungspartei 'Die Grünen' in das parlamentarische System der Bundesrepublik integriert. Was den Akteuren der neuen sozialen Bewegungen und ihren Nachfolgern allerdings nicht gelang, war die Integration der modernen, ökologisch sensibilisierten Arbeitnehmerschaft. Zum Teil lag dies darin begründet, dass sie der bürgerlichen Gesellschaft wie auch der traditionellen Arbeiterbewegung einen eigenständigen Universalismus gegenüberstellten. Nicht materielle Klasseninteressen, sondern die Interessen der menschlichen Gattung überhaupt sollte von ihnen repräsentiert werden. Dabei wurde ignoriert, dass diese idealistischen Vorstellungen einer allgemein menschheitlichen Emanzipation ursprünglich auch von der als 'materialistisch' kritisierten Arbeiterbewegung vertreten worden waren. Auch die Arbeiterbewegung war über lange Zeiten Teil einer Vielfalt von Emanzipationsbewegungen gewesen, die für politische Bürgerrechte, ein ökologisches, friedliches und

multiethnisches Miteinander sowie für persönliche und geschlechtliche Emanzipation eintraten. Die ideologische Vorherrschaft orthodoxer Marxisten und Partei- und Gewerkschaftsbürokraten hatte dies nur allzu häufig in Vergessenheit geraten lassen. In ihrer ideologischen und organisatorischen Abgrenzung war dies für die neuen sozialen Bewegungen kein Thema. Die alte soziale Frage der Arbeiterbewegung hielten sie für historisch erledigt. Im Vordergrund stand für sie die neue radikaldemokratische und zivilgesellschaftliche Programmatik. Entstanden war damit ein neues gesellschaftspolitisches Lager, das sich gegen das arbeitnehmerische Reformlager deutlich abgrenzte. Für deren nach wie vor zentrales Anliegen, den Kampf gegen vertikale Klassen- und Autoritätsunterschiede in der Gesellschaft, vermochten sie - im Unterschied zu den Gewerkschaften und zu den traditionalistischen Teilen der Sozialdemokratie - nicht die Aufmerksamkeit und Energie aufzubringen, die sie für ihre postmodernen Ziele mobilisieren konnten.

(3) Globalisierung

Spätestens mit dem Ende der 1990er Jahre erstarkenden Neoliberalismus und den sich wirtschaftsliberal entwickelnden Varianten sozialdemokratischer und grüner Politik war die soziale Frage wieder auf der Tagesordnung. Nachdem 1989 das staatsbürokratische Gesellschaftsmodell des Ostblocks zusammengebrochen war und die sogenannten Sachzwänge der globalen Konkurrenz um die besten nationalen Wirtschaftsstandorte auch in Deutschland mit verstärkter Massenarbeitslosigkeit und neuen sozialen Ungleichheiten verbunden wurden, traten längst überwunden geglaubte gesellschaftspolitische Konfliktlinien wieder in den Vordergrund. Deutungsmuster, die von einer vorübergehenden Störung eines im Grunde gesunden wohlfahrtsstaatlichen Modells ausgingen, standen den in angelsächsischen Ländern favorisierten wirtschaftsliberalen Paradigmen gegenüber: die Abwendung vom Integrationsmodell der Arbeitnehmersgesellschaft und die Rückkehr zum Laissez-faire, zum Abbau politischer und korporativer Regulierungen der Marktwirtschaft. 'Marktgläubigkeit' wurde gegen

‘Staatsgläubigkeit’ ausgespielt. Der Glaube setzte sich durch, dass die ‘Sachzwänge’ der globalen Konkurrenz und der neuen Technologien jede staatliche Intervention zum Scheitern verurteilten. Nicht bestritten werden konnte jedoch, dass soziale Prekarität wieder zum Alltag in Deutschland gehörte. Beispielsweise lag allein in Westdeutschland schon in der Zeit zwischen 1977 und 1986 die Durchschnittszahl der Arbeitslosen relativ konstant bei über zwei Millionen, während tatsächlich in diesem Zeitraum fast 13 Millionen Personen einmal oder mehrmals die Erfahrung der Arbeitslosigkeit machen mussten. Ähnlich verhielt es sich mit der Einkommensarmut, den Einkommen unter 50% des Durchschnitts: 1984 bis 1989 waren nur 2,7% der Bevölkerung einkommensarm, aber fast 15 % machten diese Erfahrung einmal oder zweimal (vgl. Berger 1996).

Angesichts der aktualisierten sozialen Frage erweisen sich Erklärungsansätze, die auf extreme Szenarien orthodox marxistischer oder ebenso orthodox liberaler Provenienz setzen, als Komplizen einer Sichtweise, in der gesellschaftliche Beziehungen und Kräfteverhältnisse auf das unvermittelte Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit reduziert werden. Esping-Andersen (1990) hat dagegen im Kontext der Globalisierungsdiskussionen auf die verschiedenen nationalen Pfade vergleichbar hochentwickelter kapitalistischer Gesellschaften aufmerksam machen können und diese mit der Wirksamkeit jeweiliger institutioneller Filter staatlicher und korporativer Regulierungen der Marktwirtschaft erklärt. Diese außerökonomischen institutionellen Ebenen erweisen sich als die Felder, auf denen die gesellschaftlich-politische Praxis und Relevanz der veränderten Arbeiterbewegung erneut bestätigt wird: So geht es auf der korporativen Ebene insbesondere um die Stellung der Gewerkschaften im Tarifvertragssystem. Davon hängt ab, ob sich Niedriglöhne und unsichere Arbeitsverhältnisse durchsetzen, wie in den angelsächsischen Pfaden, oder ob sie verhindert werden können, wie in den skandinavischen Pfaden. Auf der politischen Ebene geht es um die Wohlfahrts- und Bildungsinstitutionen, die die soziale Unsicherheit und die Chancenungleichheit mindern können und die gestiegene soziale Mobilität regulieren. Auch die Ebene der privaten Haushalte,

insbesondere die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen betreffend, wird von der institutionellen Regulierung erfasst. Hier kommt es u.a. darauf an, wieweit die traditionale Erziehungs- und Pflegearbeit der Frauen in den öffentlichen Dienstleistungssektor, wie im skandinavischen Pfad, oder zurück in die Familienhaushalte, wie im konservativen Pfad, verlagert wird.

Über diese Perspektive der institutionellen Schichtungstheorie sind jene gesellschaftlichen Felder mit ihren Konfliktlinien nicht zu vergessen, in denen die Menschen relativ autonom handeln: die sozialen Milieus und die gesellschaftspolitischen Lager (Vester u.a. 2001). Deren Bedeutung lässt sich an der Zunahme sozialer Konflikte ablesen, die scheinbar kaum ökonomisch und eher rein kulturell motiviert sind, wie die Konflikte in städtischen Problemvierteln, zwischen ethnischen Gruppen, mit rechtsextremen Jugendlichen oder fundamentalistischen Religionen und Weltanschauungen. Diese neuen Konflikte sind in dem Maße aufgetreten, wie neoliberale Deregulierungspolitik institutionelle Formen der gesellschaftlichen Integration abgebaut hat. Wo der Zusammenhalt der Gesellschaft immer weniger institutionell, durch die Integration in die Einrichtungen des Ausbildungs-, Erwerbs- und Vorsorgesystems, gewährleistet wird, suchen die Menschen zunehmend Hilfe und Halt in den Vergemeinschaftungen der sozialen und ethnischen Milieus und auch der weltanschaulichen Lager. Der gesellschaftliche Zusammenhalt verschiebt sich dann von der Systemintegration in den Institutionen auf die Sozialintegration in den Milieus. Diese sind dadurch jedoch nicht selten überfordert, so dass soziale Konflikte, politische Verdrossenheit oder andere Formen der Desintegration zunehmen. Darauf angemessen organisatorisch und politisch zu reagieren, sich der tendenziellen Überforderung zu stellen, ist mittlerweile Teil programmatischer Diskussionen in den Gewerkschaften geworden und erinnert an die Anfänge der Arbeiterbewegung.

Beide Perspektiven der hier skizzierten Gesellschaftsanalyse, die institutionell-systemische wie die lebensweltlich-kulturelle, offenbaren beeinflussbare Handlungs- und Kräftefelder, deren Dynamiken keine unausweichlichen Formen

annehmen müssen, wie es gesellschaftstheoretische Erklärungsschemata häufig nahelegen. Dies spricht für die Existenzberechtigung der Arbeiterbewegung und ihren gewerkschaftlichen Nachfolgern, die in den sozialen und politischen Konstellationen von gesellschaftlichen Mächten und Gegenmächten nach wie vor ihren Einfluss ausüben.

4. Perspektiven

Bei der Betrachtung der aktuellen gewerkschaftlichen Reformdiskussionen hat es den Anschein, als ob allein zwischen sogenannten 'Modernisierern' und 'Traditionalisten' unterschieden wird. Die Diskussion um die Zukunft der Gewerkschaften scheint dabei weitgehend von der Einschätzung gekennzeichnet zu sein, dass der krisenhafte gesellschaftliche Wandel eine mehr oder minder grundlegende Neubestimmung von gewerkschaftlichen Funktionen, Politik, Organisationsaufbau, Image, Aufgabenbereiche und Klientel erforderlich mache.

Es wird von einer Krise der Gewerkschaften gesprochen. Diese bestehe darin, dass sie 'veraltet' seien, ihre Stammklientel der industriellen Facharbeiterschaft zu einer kleinen Minderheit geschrumpft sei, ihnen junge Erwerbstätige, Frauen und Angehörige moderner Berufe fehlten, ihre traditionelle Kultur klassenkämpferischer Solidarität erodiert sei und antiquiert wirke, ihre politischen Ziele der Durchsetzung sozialer Sicherheit und Demokratie als marktfeindlich und -schädlich gelten und ihre bürokratischen Organisationsstrukturen sie schwerfällig, ineffizient und wenig attraktiv machten. Argumentativer Ausgangspunkt dieser Gewerkschaftskritik ist in der Regel der pauschal konstatierte Gegensatz zwischen 'Tradition' und 'Moderne'. Er wird ausgedrückt in den Dichotomien von Industrie vs. Dienstleistung, Arbeiter vs. Angestellte, Klassenethos vs. Individualisierung, Klassenkampf in Gestalt von Arbeit gegen Kapital vs. Flexibilisierung in Gestalt von Standortsicherung im globalen Wettbewerb sowie zentralistische Bürokratie vs. Netzwerke. Leitmotiv dieser Kritik ist die

Abgrenzung gegen alte Traditionen der mit der Arbeiterbewegung identifizierten Industriegewerkschaften, um darüber die Mobilisierung und Integration neuer und moderner Arbeitnehmersmilieus zu ermöglichen. Es wird erwartet, dass nur mit dem Erschließen neuer Berufsmilieus sich die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften wieder erhöhen und stabilisieren ließen.

Gegenüber den eher emphatischen Befürwortern einer Modernisierung sind in den Gewerkschaften ebenso Stimmen zu vernehmen, die davor warnen, mit entsprechenden Modernisierungen grundlegende Positionen der Gewerkschaften aufzugeben und dabei Interpretationen und Deutungsmuster gesellschaftlicher Konfliktlinien zu übernehmen, die nicht nur bisherigen kulturellen und politischen Orientierungen der Arbeiterbewegung widersprechen, sondern auch denen der verschiedenen Arbeitnehmersmilieus. Kritisiert wird, dass der Modernisierungsdiskurs von einer Hegemonie technokratischer Eliten gekennzeichnet sei, die mit traditionellen und modernen Arbeitnehmern Bilder verbinden, die abseits jeder betrieblichen und alltagskulturellen Erfahrung geprägt sind. Sie sehen die Gewerkschaften in einer Legitimationskrise enden, wenn den Befürwortern der Modernisierung umstandslos gefolgt werden sollte. Um ihres Images und ihrer Attraktivität für die avisierten modernen Arbeitnehmersmilieus Willen einer Politik und Symbolik der Abgrenzung gegen eigene Positionen und Traditionen zu folgen, treibe einen Keil in die Mitgliedschaft, der auf Kosten von Glaubwürdigkeit in einem unüberwindlichen Spagat zwischen Tradition und Moderne enden müsse.

In den gegenwärtigen Modernisierungsdiskussionen wird häufig vergessen, dass Gewerkschaften weder allein mit sozialen Bewegungen noch allein mit verbandsförmigen Institutionen gleichzusetzen sind. Wegen ihres intermediären gesellschaftlich-politischen Charakters sind Gewerkschaften bei aller notwendigen Institutionalisierung immer auch soziale Bewegungen gewesen und geblieben. Deren wechselnde, an den gesellschaftlichen Konfliktlinien ausgerichtete Konjunkturen haben die politischen Kräfteverhältnisse, die Institutionalisierungsprozesse und letztlich auch die Mitgliederentwicklung

beeinflussen können. Darüber hinaus gab es schon immer die gegenwärtig beklagte Ungleichzeitigkeit von Aktivisten, Mitgliedern und jeweilig aktueller Erwerbsstruktur. In der Regel waren es die den respektablen Volksmilieus angehörenden Handwerker und Facharbeiter - durchaus im Sinne der heute sogenannten 'Kernbelegschaften' -, die gegenüber neuen und prekär beschäftigten Erwerbstätigen in der Arbeiterbewegung dominierten, weil sie aus ihrer relativen sozialen Sicherheit heraus mehr oder minder langfristige Arbeitskämpfe mit sozialem Bewegungskarakter initiieren konnten. Dies war insbesondere in der 'Gründerzeit' gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Fall, als nicht nur der Fabrikarbeiterverband entstand, sondern auch in der politischen 'Massenstreikdebatte' versucht wurde, diese 'Bewegungs-Konjunktur' und Mobilisierung neuer Mitglieder für sich zu nutzen. Zu Gunsten der Institutionalisierung bzw. zu Gunsten relativer Bestandssicherheit haben die Gewerkschaften diese politische Instrumentalisierung abgewehrt. Das Faustpfand des funktionalisierbaren Drohinstrumentariums Streik, das zudem wegen seines Bewegungskarakters nicht immer kalkulierbar ist, sollte nicht aus der Hand gegeben werden.

Auch in den ersten Nachkriegsjahrzehnten Westdeutschlands verzeichneten die Gewerkschaften steigende Mitgliederzahlen insbesondere bei den gering qualifizierten Beschäftigten; zu einer Zeit, in der im Vergleich zu heute heftige Arbeitskämpfe und Bewegungen im Interesse sozialstaatlicher Garantien zu verzeichnen waren. Diese spätestens in den 1970er Jahren zur 'Entproletarisierung' führende Gewerkschaftspolitik mündete in das bekannte korporative System industrieller Beziehungen, dessen politischer Grundkonsens bzw. Gesellschaftsvertrag auf der Formel 'Leistung gegen Teilhabe' beruhte. Wesentliche Begleiterscheinungen des Korporatismus waren die Stärkung und der Ausbau des institutionellen Teils der Gewerkschaften, die sozialstaatliche Absicherung der in den Arbeitskämpfen errungenen sozialen Mindestgarantien. Gleichzeitig trat der Bewegungskarakter der Gewerkschaften in den Hintergrund. Letztlich war es die Infragestellung des Gesellschaftsvertrages in den 1990er Jahren, die diese Entwicklung umkehrte. Die selbst für die

Gewerkschaftsapparate überraschende Empörung der Arbeitnehmer gegen den als notwendige Reform im Interesse des nationalen Wirtschaftsstandorts deklarierten Versuch, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle abzuschaffen, war der Anfang vom Ende der konservativ-liberalen Bundesregierung.

Die politische Alternative der Wiederbelebung korporatistischer Strukturen in Gestalt des von der sozialdemokratisch-grünen Bundesregierung nach 1998 einberufenen 'Bündnis für Arbeit' scheint erfolgreicher zu sein, stößt aber immer dann bei den Gewerkschaften an Grenzen, wenn deren Rolle als autonome Tarifvertragspartei eingeschränkt werden soll. Insbesondere die Auseinandersetzungen um Lohnforderungen erweisen sich als nicht 'bündnisfähig', da diese nur in enger Rückkopplung zu den Mitgliedschaften legitimierbar sind. Den damit notwendig einhergehenden Bewegungskarakter für das 'Bündnis für Arbeit' zu opfern, käme einer Selbstentmachtung der Gewerkschaften gleich. Zudem ist aus der Tradition der Arbeiterbewegung bekannt, dass in der Regel auf Gerechtigkeitsempfinden aufbauende Lohnpolitik übergreifende Bewegungen in Gang setzen kann, von denen letztlich sowohl Gewerkschaften als auch jene Erwerbstätigen 'profitieren' können, die bisher nicht von den Gewerkschaften rekrutiert werden konnten. Gewerkschafter wissen, dass Bewegungen nur dann erfolgreich sein können, wenn sie gesellschaftlich legitime Interessen vertreten. Die Legitimität und damit die Erfolgsaussichten einer Bewegung zeigen sich darin, dass unterschiedliche Gruppen und Erwerbstätige zueinander finden, und wenn auch nur auf Zeit. Ein Teil dieser mobilisierten Akteure wird den Gewerkschaften als neue Mitglieder erhalten bleiben, auch wenn damit noch keine Deckungsgleichheit von aktueller Erwerbsstruktur und Mitgliederstruktur hergestellt sein muss. Somit werden die aktuellen Probleme gewerkschaftlicher Modernisierung nicht allein an den Mitgliederzahlen zu messen sein, sondern weiterhin an den gesellschaftlich-politischen Konfliktlinien und den sich darin orientierenden Kräften und Bewegungen, die über den engeren Rahmen der Gewerkschaften hinausweisen.

Literatur (die im engeren Sinne wichtigsten Titel sind unterstrichen):

Berger, Peter (1996): Individualisierung, Opladen

Dahrendorf, Ralf (1957): Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart

Esping-Andersen, Gösta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Oxford

Geiger, Theodor (1949): Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln, Hagen

Goldthorpe, John H./Lockwood, David (1963): Affluence and the British Class Structure, in: The Sociological Review 1963: 133-163

Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hg.) (1994): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart

Lucas, Erhard (1970/73/78): Märzrevolution 1920, 3 Bde., Frankfurt/M.

Marcuse, Herbert (1964). One Dimensional Man. Studies in the Ideology of Advanced Industrial Society, London (dt.: 1967)

Mooser, Joseph (1984): Arbeiterleben in Deutschland 1900 - 1970, Frankfurt/M.

Niethammer, Lutz (Hg.) (1983 ff.): Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet, 3 Bde., Berlin, Bonn

Na'man, Shlomo (1976): Von der Arbeiterbewegung zur Arbeiterpartei. Der Fünfte Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg im Jahre 1868. Eine Dokumentation, Berlin

Oertzen, Peter von (1976): Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Berlin, Bonn-Bad Godesberg

Pirker, Theo (1977): Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945-1964, Berlin

Quarck, Max (1924): Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus, Leipzig

Rosenberg, Arthur (1961): Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/M.

Stein, Lorenz von (1842): Der Sozialismus und Communismus des heutigen Frankreich. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, Leipzig

Thompson, Edward P. (1963): The Making of the English Working Class, Victor Gollancz, dt.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, 2 Bde., Frankfurt/M. 1987

Vester, Michael (1998): Was wurde aus dem Proletariat? Das mehrfache Ende des Klassenkonflikts: Prognosen des sozialstrukturellen Wandels, in: Friedrichs,

Jürgen/Lepsius, M. Rainer/Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, Opladen, Wiesbaden: 164-206

Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt/M.